

STRASSENBAU-BEITRAGSGESETZ

CDU-Chef gegen rot-rote Abzockerei



Ingo Schmitt

Der rot-rote Senat hat mit Stimmen von SPD und PDS den Weg für eine weitere Abgabenerhöhung geebnet. Mit dem geplanten Straßenausbaubeitragsgesetz geht die rot-rote Abkassiererei bei den Berlinerinnen und Berliner in eine weitere Runde. Wie bereits von der CDU befürchtet, wurden weder die Bezirke beteiligt noch die Stellungnahmen der Verbände öffentlich dargestellt.

Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt: „Der Senat zeigt sich zum wiederholten Male ignorant und be-

ratungsresistent. Die CDU Berlin wird genau beobachten, wie mutig die PDS im Rat der Bürgermeister und

seigentümer und Mieter in dieser Stadt verlassen! Das unsoziale „Straßenrauhilfe-gesetz“ wird von der

rat Carsten-Michael Röding befürchtet, dass mit dem Straßenausbaubeitragsgesetz ein gigantisches Büro-

gentümer und Mieter ungerecht belaste. Röding: „Ich befürchte, dass die Lärm-minderung in Wohnstraßen durch den Austausch von Kopfsteinpflaster in Asphalt zukünftig deutlich erschwert wird. Wohnungsbaugesellschaften, die für den Straßenausbau massiv zur Kasse gebeten werden, haben vermutlich kaum noch Geld um in Spielplätze, Grünanlagen und ihr Wohnumfeld zu investieren. Die Auswirkungen auf bereits belastete Kieze wäre verheerend!“ Der Berliner Senat stelle, so die CDU-Vertreter, seine Strategie für die Finanzklage vor dem Bundesverfassungsgericht vor die Interessen der Berlinerinnen und Berliner.



Geht es nach Rot-Rot, „renovieren“ demnächst die Bürger hier selbst. Jedenfalls müssen sie zahlen.

bei der Schlussabstimmung im Abgeordnetenhaus ist. Eins ist klar: Auf die CDU können sich die Grundstück-

CDU auf allen Ebenen abgelehnt.“ Der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende und Spandauer Baustadt-

kratiemonster entstehen werde, das die Finanzmiserere Berlins nicht mildere, sondern Grundstücksei-

HOHE BELASTUNGEN DURCH WASSERPREISE IN BERLIN

CDU: Keine Gebührenanhebung, sondern neues Tarifsysteem



Kai Wegner

Der rot-rote Senat will einmal mehr die Berliner zur Kasse bitten. Nachdem der Senat die Tarife in den letzten beiden Jahren um mehr als 20 Prozent erhöht hat, haben die Wasserbetriebe bereits eine weitere Erhöhung von zwei bis drei Prozent zum Jahreswechsel angekündigt.

Lagen die Wasser- und Abwasserpreise 1990 noch bei 1,85 Euro pro Kubikme-

ter, so kostet dieselbe Menge nun schon 4,52 Euro. Die Probleme sind dabei hausgemacht und könnten begrenzt werden, wenn der Senat die Wasserpreise endlich als relevanten Standortfaktor begreifen würde, sagt der Berliner CDU Bundestagsabgeordnete Kai Wegner. In Berlin werden schon jetzt die höchsten Wasserpreise im Bundesvergleich gezahlt. Ein durch-



schnittlicher Haushalt zahlt in Berlin bis zu 200 Euro pro Jahr mehr als ein vergleichbarer Haushalt in München. In Berlin steigt die Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger. Immer mehr Unternehmen kehren der Hauptstadt wegen der verfehlten Wirtschafts- und Steuerpolitik den Rücken, kritisiert Wegner diese Politik aufs Schärfste. Wegner: „Statt über mögliche Veränderungen im Tarifsysteem nachzudenken, dreht der rot-rote Senat einmal mehr an der Gebührenschaube

und treibt die Preise in die Höhe. Es kann nicht richtig sein, dass die Verbraucher immer stärker belastet werden.“ Wegner fordert endlich eine Abkehr vom heutigen Tarifsysteem: „Was wir in Berlin brauchen, ist ein faires Modell mit Grund- und Verbrauchspreis“. In fast allen deutschen Kommunen ist ein solches Tarifsysteem üblich, da es den hohen Fixkosten bei der Leistungsbe-reitstellung Rechnung trägt. In Berlin liegen diese Kosten bei rund 80 Prozent.

Lärmbekämpfung: Nicht nur mit Tempo-30-Zonen



A. Kaczmarek

Der rot-rote Senat will weitere Hauptstraßen in der Stadt in Tempo-30-Zonen umwandeln. Der verkehrspolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Alexander Kaczmarek, bezeichnete die Entscheidung des Senats als „einfallslös“ und „Politik im Rückwärtsgang“.

Kaczmarek: „Es geht uns um den Schutz der Menschen.

Lärm ist nach heutigen Erkenntnissen ein nicht zu unterschätzender Krankheitsverursacher. Wir fordern vom Senat ein intelligentes Maßnahmenpaket, dass nicht ausschließlich aus einer Geschwindigkeitsreduzierung besteht und damit nur Stau und Stillstand provoziert. Ebenfalls darf die zuständige Senatorin nicht nur den KfZ-Verkehr im Auge und Ohr haben. Auch die Straßenbahnen tragen erheblich zum Lärmpegel in der Stadt bei.“ Kaczmarek

kündigte eigene Vorschläge der Union an: Dazu gehöre, anstelle von Kopfsteinpflaster Straßen zu asphaltieren. Der Straßenbelag sei Lärm-erzeuger Nummer eins. Des Weiteren könnten über intelligente Ampellösungen Staus und stockender Verkehr verringert werden. „Das ständige Wieder-Anfahren des Verkehrs bei unkoordinierten roten Ampelphasen führt nur dazu, dass der Lärmpegel für die Anwohner und Anlieger ununterbrochen schwankt

und dadurch noch intensiver störend empfunden wird.“ Kaczmarek sprach sich auch dafür aus, die Straßenbeläge im Berliner Stadtgebiet insgesamt unter die Lupe zu nehmen: „Schlaglöcher und Straßenbeläge, die wie eine Patchwork-Decke anmuten, sind vermeidbare Lärmverursacher.“

